

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Vertriebsort: Neudorf Dresden.
Vertriebs-Gemeinschaft: 25 241
Nur für Nachdruck: 20 011.

Lebeck KAKAO, SCHOKOLADE
MARKE DREIRING
Firma gegr. 1838.

Gründung und Hauptgeschäft:
Karlstraße 38/40
Verlag von Mispel & Reichardt in Dresden.
Vertriebs-Gemeinschaft: 1008 Dresden.

Bezugsgebühr vom 1. bis 15. 12. 25 bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus 1,50 Mark | Anzeigenpreise. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Die Spalte 30 mm breit...
Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Die Spalte 30 mm breit...
Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Die Spalte 30 mm breit...

Oefen und Herde
kauft man preiswert im Fachgeschäft
Chr. Garms (nh. W. Eckardt) Gr. Zwingenstr. 13
Kochanlagen für Großbetriebe - Kohlen- und Gas-Herde Dauerbrand-Oefen Ersatzteile.

Damentaschen, Besuchstaschen, Party-Cases
Adolf Näter
Pragersir 26
Erstes Lederwaren Spezialgeschäft.
Neueste Modelle vom einfachen bis zum elegantesten.

Dresdner Christstollen-Versand
Konditorei **A. Martin**
vom Hoflieferant Sander
Dresden-A., Bismarckplatz 12

Der Vertrag mit Rußland vor dem Reichstag.

Annahme des Vertrags in 2. und 3. Lesung. — Aussprache über die Erwerbslosenfürsorge.
Berühmte Krise zwischen England und der Türkei. — Fortdauernde Angriffe der Druzen auf Damaskus.

Deutscher Reichstag.

(Drahtmeldung aus der Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 12. Dez. In der heutigen Reichstags-Sitzung wird zunächst der kommunistische Abgeordnete Torgler in den Verwaltungsrat der Reichspost gewählt. Danach folgt die zweite Lesung des deutsch-russischen Handelsvertrages. Der Abg. v. Freytag-Loringhoven (D.) stimmt dem Vertrage zu und hebt hervor, daß seine Freunde sich immer für ein gutes Verhältnis zu Rußland ausgesprochen haben. Die erste Lesung hat im allgemeinen Einmütigkeit für die Verträge ergeben. Der Abg. Witt hat geglaubt, gegen einen vermeintlichen Frontwechsel der Deutschnationalen polemisieren zu müssen, und aus diesem angeblichen Frontwechsel wieder eine Rechtfertigung der Kapitalpolitik abzuleiten. Das ist unangebracht. Meinungsverschiedenheiten über Rapallo haben in allen Parteien bestanden. Der Streit hat darum nur historischen Wert. Heute muß gerade angesichts von Varnhagen betont werden, daß wir freie Hand im Osten und Freundschaft mit dem russischen Volke wünschen. Der Bolschewismus sei natürlich abzulehnen.

Die Verträge selbst weisen zahlreiche Mängel auf. Wirtschaftlich bringt das russische Außenhandelsmonopol unsere Einfuhr in volle Abhängigkeit vom Außenhandelskommissariat. Demgegenüber erscheint die Erweiterung der russischen Exportterritorien in Deutschland widerwärtig. Was die rechtliche Seite betrifft, so wirkt sich hier die Verschiedenheit der Rechtsauffassung aus. Die Deutschen in Rußland werden zahlreichen Beschränkungen unterliegen, die für die Russen in Deutschland nicht bestehen; das gilt für jede gewerbliche Tätigkeit, wie auch für den Erwerb von Grundbesitz und sogar für die freie Religionsausübung. Auch die russischen Gerichte und Behörden können den deutschen keinefalls gleichgestellt werden. In den Verhandlungen hätte hier mehr erreicht werden müssen. Zahlreiche Deutsche in Rußland sind auch durch die Maßnahmen der Sowjetregierung geschädigt worden. Diese Reichsdeutschen sind aber Pioniere der deutschen Wirtschaft und verdienen deshalb jeden Schutz. Der Redner schloß mit den Worten, daß aber alle diese Mängel nicht verflüchtigen, die politische, fast symbolische Bedeutung der Verträge zu verdrängen.

Abg. Dr. Haas (Dem.) weist darauf hin, daß die deutsche Wirtschaft mit den staatsrechtlichen Verhältnissen in Rußland rechnen müsse und sich nicht dem Traum hingeben dürfe, als ob in Rußland wieder die freie Wirtschaft eingeführt werden könne. — Abg. v. Graefe (Volk.) bezeichnet die deutsche Außenpolitik als verkehrt und untragbar.

Abg. Pauch (D. Sp.) betont die Notwendigkeit des mit Rußland abgeschlossenen Handelsvertrages. Den Rapallo-Vertrag habe Deutschland damals aus politischen Gründen abzulehnen müssen. Dieser Vertrag habe aber wenig von dem gehalten, was man sich von ihm versprochen hatte. Es sei schwierig, zwischen zwei so verschiedenen Wirtschaftssystemen wie Sowjetrußland und Deutschland einen Handels-

vertrag abzuschließen. Der deutsche Fabrikant und der Händler seien allein auf die russischen Delegationen angewiesen. Auch bezichtigt er als wertwärtig, daß ein so kapitalfeindliches Land wie Sowjetrußland am meisten nach Kapital und Kredit dürfe. Der deutsche Kaufmann allerdings, der sich in Rußland erkundigt, wem er Kredit geben könne, ist geradezu in Gefahr, wegen Handelsplionage verfolgt zu werden. Immerhin bieten diese Verträge für uns Vorteile. Es sei zu begrüßen, daß die Beziehungen zwischen zwei so aufeinander angewiesenen Staaten wie Deutschland und Rußland wieder hergestellt werden.

Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Vereinigung) hebt hervor, daß Deutschland bei Verträgen mit Rußland immer benachteiligt sein werde, weil die russische Gesetzgebung ja nicht geändert werde. — Abg. Noss-München (D. Sp.) sieht in dem russischen Außenhandelsmonopol eine Schutzwehr gegen die deutsche Einfuhr. Den Löwenanteil an dem Vertrage trage Rußland davon.

In der Abstimmung wird dann der deutsch-russische Handelsvertrag in zweiter und dritter Lesung angenommen. Es folgt dann die Beratung der Anträge, betreffend die Erwerbslosenfürsorge. — Abg. Erling (D.) berichtet über die Verhandlungen des Haushaltsausschusses. Dieser beantragt, die Unterhaltungsstätte in der Erwerbslosenfürsorge mit sofortiger Wirkung für Hauptunterstützungsberechtigte um 2 Prozent, für unterstützungsberechtigte Familienangehörige auf 10 Prozent zu erhöhen. Die Höchstgrenzen für eine Familienunterstützung sollen ebenfalls um 10 Prozent erhöht werden.

Der Haushaltsausschuß empfiehlt ausdrücklich die Ablehnung der Beschlüsse des Sozialpolitischen Ausschusses, u. a. auch noch für die am 15. Dezember bereits seit sechs Monaten ausstehenden Erwerbslosen eine einmalige Beihilfe von 100 Reichsmark anzüglich 20 Reichsmark für jeden unterhaltsberechtigten Angehörigen zu verlangen. — Abg. Erling (D.) bezeichnet als Berichterstatter die Beschlüsse des Haushaltsausschusses. — Abg. Aufhäuser (Soz.) beklagt die Verantwortlichkeit der Regierung und die Industriepartei für die Verantwortung für die unhaltbaren Zustände. Die Arbeiterklasse werde sich mit den jetzt gewährten Almosen nicht begnügen. — Abg. Hädel (Komm.) hält die vom Ausschuss vorgeschlagenen Unterhaltungsätze für völlig unzureichend und fordert eine sofortige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 100 Prozent.

Abg. A. v. Dörfel (D.-N.) teilt mit, daß Minister a. D. Saale, der sich stets gegen die Unzeitgemäßheit der jetzigen Bestimmungen über die Angehörigenbezüge der Minister ausgesprochen habe, die ihm zulehrenden Beschlüsse der Organisation der Kriegsgeliebten zu Billigung stelle.

(Beifall rechts, Värm bei den Kommunisten.)
(Fortsetzung siehe Seite 2.)

Fort mit dem Inflationspessimismus!

Die Gebärdenpäher und Geschichtsträger oder wie der Volksmund sagt, die Riesmacher, wirken im öffentlichen Leben wie die Bazillen im menschlichen Organismus, wenn ihnen nicht rechtzeitig Einhalt getan wird, erzeugen sie eine Krankheit, die jede Energie durch pessimistische Erfindung lähmt und die Aufstiegskräfte ermattet. So geht es mit den seit einiger Zeit von Mund zu Mund geklüfferten und in der Presse zum Ausdruck gebrachten Inflationsbeschränkungen. Wenn das so weitergeht, befehlt die große Gefahr, daß eine allgemeine wirtschaftliche Entmutigung eintritt, während wir einer aufs höchste angespannten Latenz bedürfen, um die letzte Uebergangskrise ohne dauernden Schaden zu überwinden. Es war daher zugleich ein Verdienst und eine Notwendigkeit, daß der Reichsbankpräsident Dr. Schacht Gelegenheit genommen hat, in zwei großzügigen rednerischen Ausprägungen in Stuttgart und Berlin gegen das schleichende Uebel zu Felde zu ziehen und die Atmosphäre von den Mikrokosmen des Inflationsgedränges zu säubern. Dr. Schacht hämmert allen Verstandes die Erkenntnis ein, daß es sich bei der gegenwärtigen Krise letzten Endes um einen wirtschaftlichen Gesundungsprozeß nach der Inflationskatastrophe handelt, der die Lebensfähigkeit der leistungsfähigen Betriebe nach Abkühlung der nicht mehr lebensberechtigten um so feiner stabilisieren wird. Zur Unterstützung dieses Gesundungsprozesses ist aber außer einer Ermäßigung des Steuerdrucks und einer wesentlichen Herabsetzung der allgemeinen Staatsbedürfnisse eine Erleichterung in der bisherigen Art der Kreditgewährung durch die Reichsbank notwendig. Diefem Besahren der Wirtschaft hat das leitende Finanzministerium imwischen stattgegeben. Das ist mit Freude und Genugtuung zu begrüßen. Die Reichsbank kann so handeln auf Grund ihrer erheblich günstiger gewordenen Finanzlage, die insbesondere auch durch die Rückzahlung kurzfristiger Kredite mit Hilfe neuer langfristiger Verpflichtungen verbessert worden ist. Hierdurch wird ein Teil der für die Abbildung der kurzfristigen Kredite aufzubringenden Reserven frei und kann der Wirtschaft zugute kommen. Die Pessimisten sehen aber in der Vereinnahmung der Reichsbank zum Entgegenkommen bei der Kreditgewährung nicht ein Anzeichen von Stärke, sondern sie haben aus diesem Anlaß besonders laute Inflationserhebungen und behauptet, daß bei der Anfang einer neuen Inflation, Dr. Schacht hat sich die „übermäßigen Geldtheoretiker“ gründlich vorgenommen, die in der Anfündigung einer Voderung der Kreditbeschränkung schon das Geipen einer übermäßigen Inflation in ihrem der Praxis entrückten Geiste erblicken. Der Reichsbankpräsident wies diese pessimistischen Stimmungsmacher sehr scharf zurück und erklärte mit allem Nachdruck, daß es sich ausschließlich darum handle, dem im Werden begriffenen Gesundungsprozeß der Wirtschaft auch in der Kreditfrage die notwendige Förderung angedeihen zu lassen. Diese Maßnahme werde viele Zahlungsmittel, die jetzt noch als leere Reserven anhängig gebäuet würden, hervorlocken und für der bedürftigen Wirtschaft zuführen. Vor einer solchen Zielsetzung der Zahlungsmittel habe er nicht die geringste Angst angeklagt der geschäftigen Lage der Reichsbank. Außerdem ist zu bedenken, daß selbst eine etwaige Ausgabe neuer Noten die aber auf absehbare Zeit gar nicht in Frage kommen kann, keineswegs irgendwie inflatorisch zu wirken vermöchte, sofern nur die im Märzgeige enthaltene Deckungsvorschrift gewahrt wird. Danach muß zur Deckung der umlaufenden Noten ein jeweiliger Mindestbestand von 33 Prozent in Gold oder Devisen vorhanden sein. Eine Höchstgrenze für den Notenumlauf ist nicht vorgeschrieben, sondern nur bestimmt, daß jede Unterschreitung der Deckung mit einer progressiv wachsenden Steuer belegt wird; auch muß in diesem Falle nach bestimmten Abufungen der Diskont erhöht werden. Daraus muß sich von selbst für die Reichsbank das Streben ergeben, stets mindestens die Dritteldeckung einzuhalten. Und daß dies unbedingt gelingen und also auch keine Inflation eintreten wird, dafür hat Dr. Schacht, wie er feierlich erklärte, „seine Hand ins Feuer gelegt“.

Man kann den Riesmachern nur durch die Erinnerung an unser kaum überstandenes Inflationsübel und durch den Hinweis auf die französische Finanzverwirrung das Bewissen dafür klären, daß zu den Länden wider die Nation, die unverzüglich sind, auch die Erhaltung des Vertrauens zu

Die Beamtenbefolgung — eine Kelle von Enttäuschungen.

Berlin, 12. Dez. Vom Reichsfinanzministerium erfahren wir, daß sich jetzt noch nicht bestimmtes darüber sagen läßt, ob der gestern vom Haushaltsausschuß des Reichstages angenommene Antrag, die Feuerungszuschläge für Beamte auf 2 bis 20 Prozent zu erhöhen, die Billigung des Reichsfinanzministeriums finden wird. Der Antrag geht jedenfalls über das, was die Regierung vorgeschlagen habe, hinaus. Das Angebot der Regierung, das die Billigung des Ausschusses nicht fand, stellte zunächst das größte Entgegenkommen, das die Regierung angesichts der Finanzlage des Reiches bieten konnte, dar. Es wird sich nun in den Verhandlungen des Haushaltsausschusses zeigen, ob die Regierung mit Rücksicht auf die Haltung der Mehrheit des Ausschusses über ihr Angebot hinausgehen wird oder nicht.

In den letzten Monaten hat sich weiter Kreise der Beamenschaft eine Unruhe bemächtigt, die durch die wirtschaftliche Notlage im Zusammenhang mit einer ungenügenden Befolgung nur allzu begründet erscheint. Sowohl die Parteien, die wiederholt Versprechungen gemacht haben, wie die Regierung lehnten im entscheidenden Moment eine Aufbesserung der Beamteneinkünfte mit Rücksicht auf die finanzielle Lage des Reiches immer wieder ab, ohne den irreführenden Gerüchten über Gehaltserhöhungen entgegenzutreten. Auch wir haben bei einem kürzlich erschienenen Bericht über die Verhandlungen im Haushaltsausschuß infolgedessen irreführen lassen, als wir der Ansicht Ausdruck verliehen, daß nun endlich eine

umfassende Regelung der Beamteneinkünfte eintreten werde, die den Wünschen der unteren, mittleren und oberen Beamten in gleicher Weise gerecht würde. Leider stellt sich nach den letzten Informationen von zuständiger Stelle heraus, daß mit dem Vorstoß der Regierung und dem noch weitergehenden der Mehrheitsparteien nur ein bescheidenes und durchaus unzureichendes Maß von Hilfe für die bedrängtesten Beamtenkategorien gewährt werden soll. So sehr es zu beklagen ist, daß nun endlich einmal der Anfang auf einem Gebiete gemacht worden ist, auf dem bisher der wirtschaftlichen Not in völlig unzulänglicher Weise geteueret worden ist, so sehr werden alle diejenigen Beamten enttäuscht werden, die auch diesmal der Regierung hoffen durften. Die Unterhaltung und Beförderung der Gruppen 1 bis 6 ist unmaßstäblich nötig gewesen, Stellung der Gruppen 1 bis 6 ist jedenfalls noch kein entscheidender Schritt getan; es ist zu hoffen, daß die Wirtschaftslage es gestattet, bei der für das kommende Frühjahr allgemein vorgesehenen Befolgungsneuordnung das Uebel an der Wurzel zu ferkieren und die Beamtenschaft wieder in eine wirtschaftliche Lage zu versetzen, die bei aller Berücksichtigung der veränderten Verhältnisse dem Beamten innerhalb der Volksgemeinschaft gewährt werden sollte. Daß dabei auch das Leistungsprinzip bei der Festsetzung der Gehaltshöhe die entscheidende Rolle spielt, ist selbstverständlich und wird eine wesentliche Bedingung für den Wiederaufstieg Deutschlands bilden.